

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.  
Preis 12 Groschen

# MAHRUF

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Dezember 1930

Nummer 37

## Wohin geht der Weg?

Nach langem Ringen hinter den Kulissen hat sich der Schoberklub mit den Christlichsozialen zu einer Regelung gefunden. Das Fremdenbe wurde durch das Gemein-same überbrückt. Ender-Schober-Baugoin haben sich auf dem Boden des alten Kurzes - im neuen Kleide zusammengetan, um die dringendsten Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Das Chaos, in dem sich die kapitalistische Wirtschaft befindet, ist durch Anführung einiger Tatsachen zu illustrieren. In Amerika 8 Millionen, in England 3 Millionen, in Deutschland 3.5 Millionen Arbeitslose. Deutschlands Wirtschaft wird auf das Schwerste erschüttert und weist ähnliche Symptome auf, wie 1923. Hindenburg-Brünnig regieren mit dem Paragraph 48. Dreieinhalb Milliarden Schilling neuer Lasten wurden durch 25 Notverordnungen dem deutschen Volke auferlegt. Die deutsche Sozialdemokratie unterstützt in stiller Koalition das Diktaturregime und ebnet dadurch, wie die Wahlen in Baden und Mecklenburg neuerlich beweisen, den Nationalsozialisten den Weg.

In Oesterreich gibt es über 300.000 Arbeitslose. Die Indeggahl der Arbeitslosigkeit beträgt gegenwärtig für ganz Oesterreich 257.3 (1923 = 100); in Wien ist der Index 165.9, in der Provinz 382.8. Ueberall geht der Abstieg zur verschärften Krise weiter; besonders katastrophal ist die Lage in der Schwerindustrie. Darüber berichtet die „N. Z.“:

„Im September waren die Betriebe der Schieferindustrie noch mit 45.6 Prozent bei der Hoheisenherzeugung ausge-nützt, im Oktober nur noch zu 23.5 Prozent! Die Kohlstäbherzeugung war im September zu 63.1 Prozent ausge-nützt, im Oktober nur noch zu 45.8 Prozent! Die Walzwarenherzeugung war im September zu 73.8 Prozent ausge-nützt, im Oktober nur zu 54.1 Prozent!“

Mittlerweile hat sich die Lage noch verschärft. Die Alpine Montan ferrt gänzlich ihre Betrieb.

Am 26. Dezember soll der gesamte Betrieb in Donawitz, das Eisenwerk in Krieglach und das Walzwerk in Wajendorf stillgelegt werden.

Aus ganz Oesterreich laufen ununterbrochen Meldungen ein, wonach die Unternehmer an die Arbeiterschaft mit Lohnreduzierungen und Einschränkung der Arbeitszeit herantreten.

Der Hauptverband der Industrie hat dem Handelsminister Heisl sein Programm vorgelegt und dessen Zustimmung gefunden. Es lautet:

1. Die Entlastung der Wirtschaft hinsichtlich der Steuern und Abgaben ist unaufschieblich. Daher müssen

a) die bereits des längeren zugesagten Erleichterungen unverzüglich in Kraft treten;

b) analoge Erleichterungen bei Ländern und Gemeinden, sind gleichfalls ehestens in die Wege zu setzen;

c) da in der Folge noch weitergehende Entlastungen bei Steuern und Abgaben notwendig sind, diese sich aber vielleicht ohne eine Senkung des öffentlichen Aufwandes nicht durchführen lassen, muß ein Programm zur sukzessiven Verringerung des öffentlichen Aufwandes ausgearbeitet und geregelt festgelegt werden. Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf den Bund, sondern auch auf die Länder und Gemeinden.

2. Auch auf dem Gebiete der sozialen Versicherung muß eine Entlastung der Wirtschaft eintreten, jedoch soweit als irgendwie möglich ohne Verkürzung der wirklich Anspruchsberechtigten, also insbesondere durch Beseitigung von Mißbräuchen und überflüssigen Verwaltungsauslagen.

In erster Linie ist daher die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft zu setzen.

Analoge Reformen hätten auch auf allen übrigen Gebieten der Sozialversicherung, zunächst insbesondere bei der Krankenversicherung Platz zu greifen.

3. Die Handelspolitik muß von Grund auf revidiert und auf bewußte, planmäßige Förderung der Produktionsinteressen abgestellt werden. Alle hierzu notwendigen gesetzlichen Maßnahmen sind unverzüglich vorzunehmen.

Analog diesem Programm hat der Heimatklub seine Wirtschaftsforderungen formuliert, die an arbeitserfindlichen Maßnahmen das Unternehmerprogramm bei weitem über-treffen. Die Hauptforderung ist ein Wirtschaftsdirktorium, das sich aus den Vertretern aller Parteien, Stände, Berufsorganisationen und der Regierung zusammensetzt und vorschlagbar Beschlüsse fassen und durchführen können soll.

Die Sozialdemokratie schwärmt seit jeher für eine ähnliche Einrichtung, einem Wirtschaftsbeirat nach deutschem Muster. Auf dem Gebiete der Herkung vor der Wirtschaftskatastrophe treffen sich die beiden Pole der bürgerlichen Front: der äußerst rechte (Heimatklub) und links (Sozialdemokratie). Seit Wochen schon bemüht sich die Sozialdemokratie, die Bourgeoisie von der Zweckmäßigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte (!) zu überzeugen. Die „N. Z.“ schreibt von „der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“, ... „dem Weg sozialer Pflichterfüllung, der die Arbeiterklasse dem Staate verschönen soll“.

Um diesen Weg, der stillen Mitarbeit der SZ. an der Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, wie in Deutschland, zu ermöglichen, hat man den Heimatklub offiziell aus der Regierung ausgeschaltet. Um den Preis der Mitarbeit der SZ. an der kapitalistischen „Lösung“ der Krise, ist Star-hemberg gegangen, um im geeigneten Zeitpunkt, mit noch mehr Macht und Einfluß wiederzukehren.

„Soziale Pflichterfüllung“ ist nur die Umkehrung der alten Losung Otto Bauers: „Alle Klassen müssen opfern.“ Auf Kosten der ausgeplünderten Arbeitermassen soll wieder-janiert werden. Das Programm der neuen Regierung ist das Programm der Unternehmer. Aus diesem Chaos führt die Arbeiterklasse nur ein Weg. Es ist der revolutionäre Massen-kampf um die Forderung Arbeit und Brot auf Kosten der Besitzenden. Schärfster Kampf gegen das bankrotte kapita-

listische System, gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie; Kampf um die Grundrechte der Arbeiterklasse; Kampf um den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Sowjetrußland.

## Aus der Partei: Alles in Opposition.

Die Wirkungen der Niederlage der Partei auf die Mitgliedschaft.

Die Wirkungen der Wahlniederlage der Partei sind in der Mitgliedschaft umso verheerender, als vor den Wahlen die größten Illusionen in der Partei erweckt wurden. Die Parteiführung erklärte allen Ernstes, daß im Wahlkreis XV, XVI, XVII und Wr. Neustadt je ein Mandat erobert werden wird. Während man in Moskau davon sprach, daß die österreichische Partei 100-120.000 Stimmen bekommen werde und 5-6 Mandate, gab es in Wien im 3. K. sogar Genossen, die mit 160.000 Stimmen rechneten.

Die Wahlniederlage wirkte niederschmetternd auf die Parteigenossen. Die voller Anspornung im Wahlkampf ihr Bestes geleistet hatten. Kurze Zeit nach dem katastrophalen Wahlausgang rief die letzte größere Vertriebszelle der Partei (Orthopädisches Spital) im Sekretariat an und verlangte, das 3. K. möge das Parteimaterial bei der Zelle abholen lassen, da die Zelle die Zusammenarbeit mit einer Führung ablehne, die die Partei so schändlich betrogen habe.

In Wien und Graz ist es so, daß alle Mitglieder, die etwas länger wie 6 Monate der Partei angehören, gegen das 3. K. und gegen die „Rote Fahne“ rebellieren.

Infolge der Niederlage spizen sich auch die innerparteilichen Verhältnisse rasch zu. Da die linke Opposition in Wien innerhalb der Partei nur schwach vertreten ist, so fehlt es innerhalb der Partei an politischer Klärung und es ist den unpolitischen Fraktionen möglich, ihr zerfallendes Spiel weiterzutreiben. Die Apparatfraktion (Benedikt, Schüller, Koplenig, Honner) die in sich durch wühlende Eifersüchteleien (Benedikt-Schüller) zerfallen wird, versucht die Schuld auf die Gewerkschafts-Abteilung, das heißt auf Toman abzuwälzen, der seinerseits wieder seine Fraktion, die die volle Mitschuld für die gesamte Politik des 3. K. in den letzten Jahren trifft, zum Angriff vorschickt. Julius Deutsch steht vor dem Ausschluß, Dr. Wertheim und Dr. Faßler, die ebenfalls romaninische Opposition machen, werden jetzt vom 3. K. aus Korn genommen. Vorläufig hat das 3. K. scheinbar einen „entscheidenden Sieg“ errungen, indem es die Verschickung Toman zur Arbeit in der N. G. Z. in Moskau durchsetzte. Die Toman-Fraktion erhofft sich von dieser „Verschickung“ einen großen Erfolg, da sie nunmehr hofft, das Offi auf ihre Seite zu bekommen, das bisher in österreichischen Fragen von Fürnberg beraten wurde.

Von den Rechten (Schlammgruppe) wird sieberhaft versucht, eine Verbindung mit der Tomanfraktion herzustellen, doch stoßen diese Versuche auf den Widerstand der romaninischen Unterführer, die Schlamm spinnefeind sind.

Gegen Hermann, der unter dem Verdacht steht, mit den Rechten zu sympathisieren, richtet sich sowohl das Mißtrauen der Apparatfraktion als auch der Angriff der unpolitischen Romaninen, zu deren Fraktion Hermann nicht gehört.

Die linke Opposition in der Partei lehnt es ab, mit den beruhsamstigen Opportunisten der Tomanfraktion zusammenzugehen. Sie zeigt den Parteigenossen die Wurzeln der Niederlagen und der Schwäche der Partei: die falsche politische Einschätzung der österreichischen Lage durch das 3. K. und das Offi, der Verzicht auf die Leninische Einheits-

frontalität im Kampf gegen den Faschismus, die falsche Gewerkschaftslinie usw.

Den Genossen aber, die jetzt verzweifelt aus der Partei laufen wollen und sich auch an uns wenden, sagen wir: Geht nicht freiwillig aus der Partei. Bleibt in der Partei, schließt euch der linken Opposition an und arbeitet mit ihr, indem ihr innerhalb der Partei ihre Auffassungen vertrittet.“ (Partekorrespond.)

## Nach Pottendorf-Wiener-Neustadt.

Das 3. K. hat die Theorie des „Durchbruchs“ erfinden um nach dem Rezept des Professors Cae: „mir geht's gut, mir geht's besser, mir geht's am besten“ mit „Epidemismus“, mit „revolutionärem Wagemut“, wie Benedikt, der „Parteilührer“ so schön sagt, -- zu beweisen, daß die Partei „nicht nur aus der Isolierung, sondern auch den Durchbruch in der Frage der Mandate“ bei den Wahlen mit Recht hoffen konnte. Nationalratsmandate erhofft: das 3. K. und Gemeinderatsmandate verliert es. In Pottendorf hätte die Partei fast die Hälfte der Stimmen ein, sie sank von 108 Stimmen auf 60 Stimmen und verlor damit auch ihr Gemeinderatsmandat. Die Stimmen gewann die S. P., deren Stimmenanzahl von 1008 auf 1058 Stimmen gestiegen ist. In Wiener Neustadt verliert die Partei gegenüber dem 9. November 80, gegenüber den Gemeinderatswahlen 1927 38 Stimmen und erhält bloß 149 Stimmen. Beide Wahlergebnisse beweisen unverhüllt die Bankrottspolitik des 3. K. Darüber hilft kein Gestammel über die sektiererischen Tendenzen der Mitglieder in Wiener Neustadt und die ungenügende Popularisierung der kommunistischen Anträge (Pottendorf). Schuld an allem ist die „Generallinie“ der Parteiführung, Schuld ist der Stalinismus, Schuld ist das inhaltslose Geschrei vom Sozialfaschismus, während der Faschismus die unzufriedenen Arbeiter um das Hakenkreuz sammelt. Und das vollzieht sich in jenem Wahlkreis, von dem die „R. F.“ vor dem 9. November vom gelungenen Durchbruch sprach. Wie unendlich groß muß der Optimismus über die Zweckmäßigkeit des Lügens, Heberzweizens und der Hochstapelerei sein, wenn das 3. K. jetzt noch die Anmaßung hat, zu behaupten, seine Politik ist richtig, nur die Mitglieder und deren sektiererische Einstellung sei schuld am Bankrott.

## Mitgliederversammlung in Graz.

Am Samstag, den 13. Dezember, um halb 8 Uhr abends, findet im Saale des „Hotels Deulinger“, Ede Elisabethnergasse-Niefenbergergasse, eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Tageordnung: 1. Die Lage in Sowjetrußland. 2. Zur Frage der Einigung der linken Opposition in Oesterreich.

Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, zu dieser wichtigen Versammlung vollzählig zu erscheinen.

### Provinzabonnenten,

schildet das letzte Vierteljahrsabonnement noch nicht eingeholt haben, werden ersucht, das Verlangte nachzuholen.

Die Verwaltung des „Mahuruf“.

# Was uns Arbeiter schreiben.

## Stalinhelden.

Die proletarische Selbstschutzorganisation „Nothenden“, sendet uns folgenden Bericht:

Am 22. November hatten wir in Kratoorn eine Werbeversammlung einberufen. Das ging den Stalinisten, die unsere oppositionelle Haltung nicht verschmerzen können, gegen den Strich. Sofort wurde von Wien Benedikt gerufen, und dieser ordnete für denselben Tag einen Rußlandvortrag in Kratoorn an. Die Stalinisten mußten aber zu ihrem Leidwesen erkennen, daß, obwohl sie ihren Vortrag um eine halbe Stunde früher ansagten, ihre Teilnehmer fast geschlossen den Vortrag verließen und in unsere Versammlung kamen, die um 7 Uhr von Gen. Nankel eröffnet wurde. Nach einem Referat des Gen. Macher, das mit Beifall aufgenommen wurde, fand eine lebhafteste Diskussion statt, bei der sich besonders der S. P.-Gemeinderat Niehl hervor tat und die Ansicht vertrat, man müsse sich mit der Herrschaft des Kapitalismus abfinden. Genoss. Macher widerlegte die Ansichten Niehls, indem er auf die Erfahrungen mit der Macdonaldregierung, die Müllerregierung in Deutschland und die Kapitulationspolitik in Oesterreich verwies.

Nachher meldete sich der Stalinist Hitzler, der durch seinen „Murr“, den er in der Sandgrube in Eggenberg, anlässlich eines Zusammenstoßes mit Heimwehrlern, überbekannt ist, zum Wort. Nicht gegen die S. P., sondern gegen die „Nothenden“ richtete dieser „Held“ seinen Redeschwall, dem die Versammlung aber bald ein Ende setzte. Die Stalinisten können es nicht begreifen, daß die „Nothenden“ bei der Arbeiterschaft Anklang finden, während ihre Arbeitserweh (die wir aus politischen und rationalen Gründen verlassen haben) eine einflusslose Sekte ist. Diese Leute, eine Handvoll Glückritzer und Abenteurer haben immer den Mund voll von der Revolution und sind unfähig, eine wirklich überparteiliche, revolutionäre Selbstschutzorganisation aufzubauen.

Die stalinistischen Spalter und Phrasendeckel mögen endgültig zur Kenntnis nehmen, wir lassen uns von unserem Weg nicht abbringen. Wir haben erkannt, daß die kommunistische Opposition (Linke Kommunisten) den richtigen Weg, den Weg Lenins geht und die Arbeiter wirklich in den Kampf gegen den Faschismus führen kann. In diesem Sinne rufen wir alle revolutionären Schugbündler und Proletarier auf, sich den „Nothenden“, der einzigen revolutionären und überparteilichen Selbstschutzorganisation des Proletariats anzuschließen.

### Saischel am Ziel.

Am 23. November hatte Herr Saischel im Gasthose „Zum wilden Mann“ die Vertrauensmänner seiner Invalidenorganisation zusammenberufen. Dazu eingeladen war der Heimatschützer und Gendarmerieoberinspektor Mahznar, der Sekretär Vermisch als Vertreter der unabhängigen Gewerkschaft und noch andere „hoche Viecher“.

Gegenstand der Konferenz waren die Ziele des Heimatsklub und Mahznar versprach Saischel die Vertretung in der Landesvereinigung der „Unpolitischen Gewerkschaft“ und bei den Behörden. Besonders gelobhndet wurde Saischel für seine Handlangerdienste bei den Wahlen. Nicht unterlassen wurde die Lobhymne auf Grafella wegen der schon längst fälligen und selbstverständlichen Fahrpreisermäßigung für Invaliden.

Für alle Invaliden der Landesvereinigung, die unter dem Deckmantel „unpolitisch“ ins Heimwehrlager segelt, ist diese Konferenz die letzte Warnung. Wollt ihr wieder die Soldknechte jener werden, für die ihr zu Krüppeln geschossen worden seid? Wollt ihr es zulassen, daß eure Klassenengenossen wieder Kanonenfutter werden? Wendet dieser Gesellschaft den Rücken und organisiert euch dort, wo das klassenbewußte Proletariat steht. Macht Schluß mit den Saischels und Jaworniks.

Einer, der lebend geworden ist.

### Die A. B. A. tanzt sich auf Kosten einer Gräfin.

Der Arbeitslose Rainer Anton, Grundnummer 2831 in Boitzberg, bewohnt mit seiner 68jährigen Mutter kostenlos eine Wohnung, die nicht unter dem Mieterfuß steht. Daher verrichtet er und seine Mutter beim Wohnungseigentümer, dem Kaufmann Weiß verschiedene Hausarbeiten. Macht er seinen Teil dieser Arbeiten, die in der Woche 2 1/2 Stunden Zeit beanspruchen, nicht, so läßt die Familie Weisner, wohnungslos zu sein. Rainer verzichtete freiwillig auf den Zinszuschuß bei der Arbeitslosenunterstützung, obwohl er für seine alte Mutter und seinen Neffen zu sorgen hat.

In der Sitzung des Verwaltungssenat wurde nun dem Arbeitslosen Rainer wegen der zweifelhafte Arbeitszeit zwei Tage von der Unterstützung entzogen.

### Der Alpine-Murr bei der Graz-Köflacher.

In unseren Veröffentlichungen berichten einige Eisenbahner:

Die Drohungen des Dr. Karafels werden nicht nur durchgeführt, sondern noch überboten. Man baut nicht nur Angestellte mit 10 Dienstjahren ab, sondern auch solche mit 25 Dienstjahren. Eingestellt kann nur derjenige werden, der einen Revers unterzeichnet, indem er auf alle Begünstigungen (Monaturen, Frei- und Regiefahrten, Kohlen usw.) verzichtet. Von den noch nicht definitiv Angestellten wird gefordert, sie sollen auf die definitive Anstellung verzichten, dann werden sie nicht abgebaut und die Gesellschaft hat billige Arbeitskräfte. Ein Dorn im Auge der Alpine ist die Pensionierung mit 90 Prozent des Monatsgehalt. Sie will durch Revers die Angestellten zur freiwilligen Anerkennung der Pensionshöhe bei den Privatbahnen zwingen, die nur 78 Prozent des Monatsgehalt erhalten.

Graz-Köflacher Eisenbahner wehrt Euch! Fordert die Solidarität der Bundesbahner. Fordert den Abwehrkampf durch eure Gewerkschaft.

### Herr Knappitsch — Mut am richtigen Ort.

Der SP-Funktionär Knappitsch, fand beim Schlosser Frank in den Werkstätten der Graz-Köflacher einen Wahlsondbild der kommunistischen Opposition (Linke Kommunisten) (wie geht das vor sich?) und ging damit von einem zum andern und machte höhnische Bemerkungen über die Kommunisten. Wir möchten diesem eifrigen Mann empfehlen, seinen Geist am richtigen Ort sprühen zu lassen. Gerade jetzt hätte er Gelegenheit, den Kampf gegen die Alpine wegen der Nichtanerkennung der Personalvertretung, wegen des Curzuges der Begünstigungen und gegen den willkürlichen Abbau den Kampf zu führen. Hier, Herr Knappitsch, zeigen sie, wessen Geistes Kind sie sind?

Einer von Euch.

## Die Konterrevolution auf der Anflagebank.

Das Revolutionstribunal sibt über die in- und ausländischen Sozialisten zu Gericht.

Vor dem Revolutionstribunal hat der Prozeß gegen die Führer der sogenannten „Industriepartei“ (Namsin, Kassinow, Kartischer, Tscharnowski, Njdosow, Kuprijanow, Orskan und Zinin) begonnen. Der Staatsanwalt der Sowjetrepublik, Archenko, hat umfassendes Material vorgelegt, aus dem mit zwingender Deutlichkeit hervorgeht, daß die bürgerliche Konterrevolution seit Jahren als einheitliche Organisation („Industriepartei“) arbeitete um die proletarische Diktatur zu zerbrechen und den sozialistischen Aufbau zu vernichten.

Bereits jetzt, wo der Prozeß erst begonnen hat, ist aus den Aussagen der Angeklagten bewiesen, daß sie bei ihrem verbrecherischen Treiben nicht nur von den russischen Weißgardisten, sondern auch von der französischen und englischen Regierung unterstützt wurden.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse ist eifrig bemüht, die ungeheure und auftrübende Wirkung, die dieser Prozeß auf das internationale Proletariat ausübt, abzuschwächen. Sie gefällt sich darin — soweit sie nicht in der unverschämtesten Weise indirekt und direkt zum Kriege gegen die Sowjetunion heizt, wie vor allem die französische Presse — die Echtheit der Aussagen der Angeklagten zu bezweifeln. „Was sind das für merkwürdige Konterrevolutionäre, die jetzt so offen ihre Schuld eingestehen“ — das ist so ungefähr das Reklamé der sogenannten „wohlwollenden“ Bourgeois- und sozialdemokratischen Presse. Zweifellos hat die Feindseligkeit, mit der insbesondere Namsin seine Schuld eingesteht, etwas Verblüffendes. Wie kommt es, daß diese Feinde der Arbeiterklasse ihrem Todfeind, dem Arbeiterstaat nicht haßerfüllte Anklagen und Lügen entgegenstellen?

Dieses scheinbare „Mästel“ erklärt sich vor allem durch zwei Tatsachen: erstens ist das vorgelegte Material derart erdrückend, daß es keinem Angeklagten gelingen würde, der Zunge der Beweisleitung Archenko zu entzischen. Zweitens aber stehen die Angeklagten unter dem Druck der öffentlichen Meinung eines Millionenvolkes, das in der leidenschaftlichsten Form sich gegen die Verräter wendet.

Unter diesem doppelten Druck, der Tatsachen und der revolutionären öffentlichen Meinung sind die Angeklagten zusammengebrochen, mußten sie kapitulieren.

Wer sind die Angeklagten? Sind sie Elemente der Konterrevolution, die bisher im Dunkeln ihr verbrecherisches Spiel betrieben?

Nein, die Führer der konterrevolutionären Industriepartei waren bis vor kurzer Zeit führende Persönlichkeiten im Wirtschaftsleben der Sowjetunion. Professor Namsin, der Hauptangeklagte, vertrat noch vor ganz kurzer Zeit die Sowjetunion auf dem Kongreß für Wärmeenergie in Berlin.

Wie konnte es aber geschehen, daß die Feinde der Sowjetunion bis in die höchsten Spitzen des staatlichen Wirtschaftsorganismus der Sowjetrepublik vordringen und dort ungefähr ihre konterrevolutionäre Sabotagearbeit organisieren konnten? Wo waren die Augen der G. P. U.? Wo war die Wachsamkeit der Partei?

Die G. P. U. wurde seit Jahren „anderwärts“ dringender benötigt. Sie mußte 7000 Volkswirtschaftslenkern in die Gefängnisse und in die Verbannung bringen, sie mußte Blumlein, Zisof und Kabinowitsch erschließen. Bei dieser Arbeit auf Grund des Artikels 58 (Hochverrat) nach dem die russische Opposition verfolgt wird, „vergas“ die

G. P. U. die wirklichen Sowjetfeinde zu beobachten und zu verfolgen. Die Partei der Revolution aber, die mit ihren Millionenaugen das Dunkel durchdringen mußte, die Kraft der Wachsamkeit, der Selbständigkeit und der revolutionären Energie ihrer Mitglieder stets auf der Hut sein mußte — diese Partei hat das stalinische Regime gelassen, indem es die Parteidemokratie vernichtete, es hat sie gebildet, indem es der Partei ihren bewußtesten Teil, die Linke, entriß und es hat die Wachsamkeit der Partei mit falschen Theorien und maßlosen Schmutzartikeln abgeschwächt. Die Herrschaft des Zentrismus in der Partei — das muß offen ausgesprochen werden — hat weitgehend dazu beigetragen, daß die Konterrevolution so tief an den Lebensnerv des sozialistischen Aufbaues vordringen konnte.

## Edlerich, Präsident des Nationalrates.

Endlich ist es erreicht, endlich hat die Sozialdemokratie das Argument, das sie braucht um ihre stille Koalitionspolitik vor den Massen „rechtfertigen“, und um an der Durchführung der unpopulären Wirtschaftsmassnahmen mitarbeiten zu können. Schober, der Mann der Creditanstalt (Neue Freie Presse) hält seinen, in den Verfassungstämpfen so bewährten Sturz ein. „Bist du nicht willig — so brauch ich Gewalt“, das ist seine Alternative an die Sozialdemokratie. Mit dieser Taktik hat er die Diktaturverfassung, das Antiterrorgeßetz, das reaktionäre Preßgesetz, die „Kotopfer“ für die Landwirtschaft unter Dach gebracht. Ihm war der größte Erfolg bei der Sozialdemokratie gegönnt. Und sie, sie appliziert ununterbrochen an den Schober des 15. Juli, er möge seinen Einfluß im Sinne der Demokratie ausüben, möge Verständnis haben für die Projamen, die die Sozialdemokratie vom Tische der Reichsregierung für die Arbeiter erbetet. Das Doppelspiel, das die Sozialdemokratie bei der Unterstützung Schobers vor den Arbeitern aufspielte, wurde erst dieser Tage enthüllt. In den Tagen nach dem 15. Juli hat Schober im Auftrage Seipel, die Gemeindevache mit Waffen versorgt, damit diese Hand in Hand mit der Polizei für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge. Vor den Arbeitern war „er“ der Muthund, hinter dem Rücken wurden von „ihm“ Waffen gegen die Arbeiter vom Bürgermeister Seip bezogen.

## Mintelen, Landeshauptmann.

Bei der Konstituierung des Landtages wurde der christlichsoziale Adl als Präsident und der Sozialdemokrat Gfeller, und der Landbändler Partz als Vizepräsidenten gewählt. Bei der Wahl der Landesregierung entschied das Los für das neue Mitglied für einen Sozialdemokraten; die neue Landesregierung setzt sich demnach aus 5 bürgerlichen und 4 Sozialdemokraten zusammen.

Zum Landeshauptmann wurde nach einem zähen Prozeß Mintelen, bei Stimmeneinhaltung der Sozialdemokraten, gewählt. Nach dem Wahlergebnis, aus dem die Sozialdemokratie als die stärkste Partei hervorgegangen ist, hätte ein Sozialdemokrat Landtagspräsident werden sollen. Was kümmern sich die Bürgerlichen um die Demokratie. Der Burgfrieden im Grazer Landhaus hat somit wieder seinen Einzug gehalten. Die Oberzaucher, Machold, Regner und Reichin werden sich mit Herrn Mintelen schon verstehen . . .